

Worten: Ein hypothetischer Austritt sollte nicht Opposition bedeuten, sondern eine Neuverhandlung der neuen Beziehungen zur Union, die nun souverän ist. Dies ist natürlich keine leichte Aufgabe, aber sie ist nicht unüberwindbar.

Aus militärischer Sicht ist unser Rückzug irrelevant, vor allem wenn man bedenkt, dass wir seit 1999 Mitglied der NATO sind und bleiben. Wir brauchen keine militärischen Zentren in Städten und Dörfern wie in der Schweiz einzurichten, aber wir müssen natürlich unsere Streitkräfte weiter ausbauen – und das tun wir auch.

Und schließlich, und das ist vielleicht das Wichtigste, wäre aus kultureller, werte- und weltanschaulicher Sicht das Argument für den Verbleib in der EU, dass wir angeblich durch griechisches und römisches Wissen und christliche Moralvorstellungen zusammengehalten werden. Aber ist das immer noch wahr? Die Antwort ist nein, leider nicht mehr. Während der Westen nun bewusst – und ich betone bewusst – mit den christlichen Moralvorstellungen und Werten bricht und stattdessen den Aufbau einer kosmopolitischen, gesichtslosen Weltgesellschaft anstrebt, die auf der hemmungslosen Selbstaussbeutung und Selbstzerstörung des Einzelnen beruht (siehe The Great Reset), halten wir Ungarn, Polen und Mitteleuropäer an unseren jahrtausendealten kulturellen und religiösen Grundlagen fest. An unserer Lebensweise. Und das hat Vorrang vor allen anderen Überlegungen.

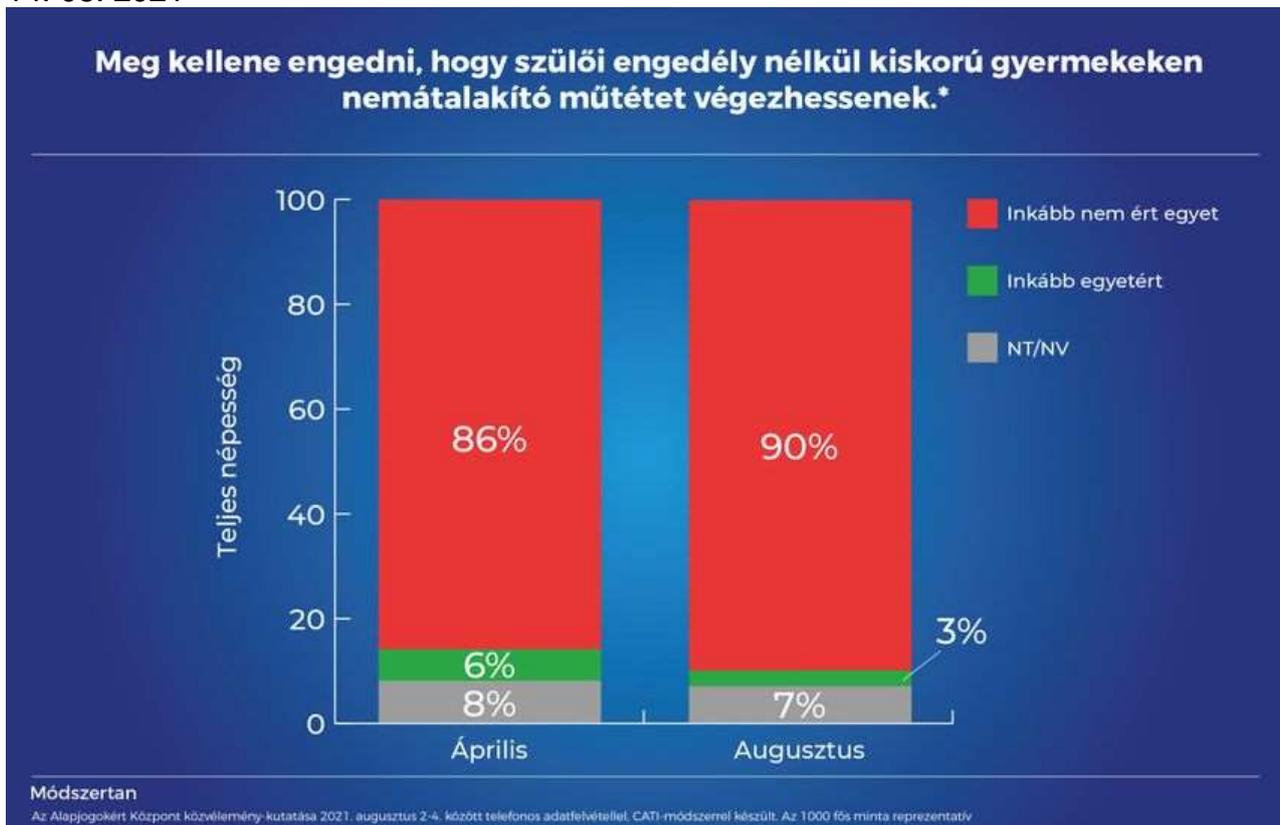
Ich werde hier enden, ich werde keine weiteren Schlussfolgerungen ziehen. Ich möchte nur anmerken, dass Viktor Orbáns Fidesz – zu Recht – die Europäische Volkspartei erst nach einer sehr langsamen und langen Phase des Nachdenkens und Abwartens verlassen hat. Aber: Am Ende sind wir doch gegangen, ohne das Gesicht zu verlieren, und wir waren nicht diejenigen, die rausgeschmissen wurden! Das ist ein großer Unterschied. Dies ist das richtige Modell. Denn wenn wir jetzt nachgeben, werden wir verlieren. Alles, wofür wir gekämpft haben, wäre dann verloren.

Der Autor ist Politikwissenschaftler und Forschungsberater am ungarischen Zentrum für Grundrechte

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Ungarn lehnen Gender-Ideologie massiv ab

14. 08. 2021



Bildquelle: Magyar Nemzet

Die Ungarn lehnen die Gender-Ideologie weiterhin ab: Laut einer Meinungsumfrage des ungarischen Zentrums für Grundrechte ist der Anteil derjenigen, die die Schaffung der natürlichen Geschlechter befürworten, sogar gestiegen. Mehr als zwei Drittel der Befragten, nämlich 71 Prozent, sind der Meinung, dass es eine natürliche Eigenschaft des Menschen ist, männlich oder weiblich zu sein; vor vier Monaten waren es noch 69 Prozent.

Eine große Mehrheit der ungarischen Gesellschaft lehnt die Infragestellung des biologischen Geschlechts ab. Immer mehr Ungarn glauben, dass das Geschlecht bei der Geburt ein angeborenes Merkmal des Menschen ist. Während zuvor 69 Prozent der Bevölkerung im wahlberechtigten Alter diese Ansicht vertraten, waren es in der August-Umfrage 71 Prozent. Auch der Anteil derjenigen, die glauben, dass es nur eine Frage der individuellen Entscheidung ist, weiblich oder männlich zu sein, ist gesunken. Während im April 22 Prozent der Meinung waren, das Geschlecht sei ein soziales Konstrukt, waren es im August nur noch 17 Prozent.

Die landesweit repräsentative Umfrage ergab auch, dass mehr als zwei Drittel (68 %) der erwachsenen Bevölkerung glauben, dass es nur zwei Geschlechter gibt, nämlich weiblich und männlich (im Vergleich zu „nur“ 66 % im April). Jetzt glauben 22 Prozent der Befragten, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt, während es im Frühjahr noch fast ein Viertel der Befragten war. Dies bedeutet, dass der Anteil der Menschen, die das traditionelle Geschlecht von Mann und Frau in Frage stellen, gesunken ist.

Während die Gender-Ideologie abgelehnt wird, ist die Position zum Kinderschutz noch deutlicher.

Im Vergleich zum April ist die Zahl derjenigen, die nichtkonforme Operationen bei Minderjährigen nicht zulassen würden, weiter gestiegen. Neun von zehn Personen sind der Meinung, dass diese Eingriffe nicht an Minderjährigen vorgenommen werden sollten, und nur drei Prozent der Ungarn sind gegenteiliger Meinung.

Insgesamt lehnen weit über zwei Drittel der Ungarn die Gender-Ideologie ab, während gleichzeitig die Zahl derer wächst, die das geschaffene Geschlecht und dessen Unveränderlichkeit befürworten. Es ist auch zu erkennen, dass der Anteil der Ungarn, die mit Kinderschutzmaßnahmen einverstanden sind, zunimmt. Die Kräfte des gesunden Menschenverstands gewinnen daher in Ungarn an gesellschaftlicher Unterstützung.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) István Simicskó: Ungarn ist heute ständigen Angriffen ausgesetzt

11. 08. 2021



István Simicskó - Foto: MTI / Tamás Vasvári

Es sind neue virtuelle Kriegsschauplätze entstanden, auf denen die ungarische Regierung bereits unter Dauerbeschuss durch schockierende Fake News steht, so István Simicskó, Parlamentsabgeordneter und Fraktionsvorsitzender der Christlich-Demokratischen Volkspartei (KNDP), in einem Interview mit dem Portal Vasárnap.hu zu den Parlamentswahlen im nächsten Jahr.

- Was steht Ihrer Meinung nach bei den Parlamentswahlen 2022 wirklich auf dem Spiel?

– Bei jeder Wahl steht viel auf dem Spiel, aber ich übertreibe nicht, wenn ich sage, dass seit dem Beginn des Regimewechsels bei keiner Wahl so viel auf dem Spiel stand wie bei der, die uns bevorsteht.

Im Jahr 2010 übernahmen wir die Regierung von den Regierungen Ferenc Gyurcsány und Gordon Bajnai in einer Situation des Beinahe-Bankrotts, aber heute ist Ungarn in allen Bereichen erfolgreich.

Niemand kann die Kämpfe, die Errungenschaften und die Erfolge von elf bis zwölf Jahren Regierung bestreiten. Die Menschen konnten das selbst erleben, im Gegensatz zu den berüchtigten Linkskursen zuvor, die eine Menge Ärger verursacht hatten. Die Fidesz-KDNP-Regierung war in der Lage, das Land und die hier lebenden Menschen in Zeiten der Krise und Gefahr zu schützen und zu unterstützen.

Damit meine ich nicht nur die Pandemie der letzten anderthalb Jahre, sondern auch die Entlastung von Fremdwährungskreditnehmern, das Donauhochwasser, die Rotschlammkatastrophe oder auch die Bewältigung der Migrationskrise.

Bei der Wahl geht es vor allem darum, ob Ungarn weiterhin eine effektive, erfolgreiche und fähige Regierung haben wird, oder ob die Lösung der Fragen, die die Zukunft des Landes grundlegend beeinflussen – wie die Migration oder die Verteidigung unserer nationalen Souveränität – in den Händen einer Gruppierung liegen wird, die entlang einer Vielzahl von Parteiinteressen gespalten, machtlos und daher völlig hilflos ist.

- Wie bereitet sich die Linke auf die Wahlen vor?

– Auch sie sehen, dass bei der Wahl viel auf dem Spiel steht, obwohl die Tatsache, dass sie ihre früher geäußerten Prinzipien völlig aufgegeben haben und sich untereinander und mit Ferenc Gyurcsány zerstritten haben, zeigt, dass es ihnen nicht um Fragen des nationalen Schicksals, sondern um ihre eigenen Interessen geht.

Nach drei Niederlagen versuchen die Linke krampfhaft, wieder an die Macht zu kommen, und sie wird jedes Mittel einsetzen, um dies zu erreichen.

Ihre Zusammenarbeit beruht nicht auf einer Werteordnung wie bei uns, sondern auf einer Art Interessenbündnis, dessen einziges Ziel der Machtgewinn ist.

- Wie anfällig sind Online-Räume für die Demokratie?

– Wir können feststellen, dass ernsthafte militärische Konflikte weltweit abnehmen, aber unsere Freude darüber hält sich in Grenzen, da neue virtuelle Kriegsschauplätze entstanden sind.

Wir sind jetzt sozusagen unter ständigem Beschuss.

Die ungarische Regierung steht unter ständigem Beschuss, unter anderem durch schockierende Fake News, das regelmäßige Auftauchen besorgniserregender Äußerungen von Prominenten, die über unser Land und das betreffende Thema nicht Bescheid wissen, die kontrollierte Berichterstattung linker Organisationen, die vorgeben, unparteiisch zu sein, und sogar verschiedene Gerichtsverfahren. Der Einfluss von Online-Räumen hat im Leben der demokratischen Länder enorm zugenommen. Der Informationsgehalt von Social-Media-Plattformen, die sich in ausländischem Besitz befinden, kann sehr effektiv zur Manipulation

von Menschen genutzt werden. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Meinungsäußerung, die politische Tätigkeit und letztlich auch auf den Ausgang der Wahlen selbst.

In den letzten Jahren haben wir gesehen, welche Art von „Arbeit“ auf diesen Plattformen bei ausländischen Wahlen geleistet wurde. Wir können auch nicht daran zweifeln, dass wir bei den ungarischen Parlamentswahlen auf eine ähnliche Informationskampagne vorbereitet sein müssen.

- Können die sozialen Medien über das Schicksal der Wahlen entscheiden?

– Tatsache ist, dass Kampagnen zunehmend in virtuelle Welten verlagert werden. Heute gibt es fast sieben Millionen ungarische Facebook-Nutzer. Social-Networking-Sites sind auf dem Vormarsch, daher müssen wir in diesen Bereichen stärker präsent sein.

Es würde mich nicht wundern, wenn auf diesen Plattformen verschiedene linke Lügenfabriken eingerichtet würden, um regierungsfreundliche Politiker zu diskreditieren.

- Nach zwölf Jahren Regierung ist es gerade die Generation der Zwanziger- und Dreißigjährigen, die die Gefahren einer linken, auf Sparmaßnahmen basierenden Regierung nicht kennen kann.

– Dies ist in der Tat der Fall, und sie sind diejenigen, die sich in diesen virtuellen Räumen am wohlsten fühlen, daher ist es wichtig, dass wir sie ansprechen. Aber man sollte junge Menschen nicht belehren, sondern ihnen die Möglichkeiten, die Wege und die Wege aufzeigen, die sie gehen können.

Wir müssen in diesen sich wandelnden Räumen auch unsere Meinung sagen und unsere Ansichten vertreten. Als Hochschullehrer stelle ich fest, dass junge Menschen sehr empfänglich für die Probleme und Herausforderungen unserer Zeit sind. Sie sind auf der Suche nach echten Anknüpfungspunkten. Alle talentierten, intelligenten jungen Menschen wollen im Grunde genommen weiterkommen. Sie wollen sich selbst und ihre Fähigkeiten kennen lernen, sie wollen ihre Träume verwirklichen. Ich glaube, dass dazu auch gehört, eine Familie zu gründen und Kinder zu haben. Ich sehe, dass die Mehrheit der jungen Menschen ihre eigene Verantwortung in der Welt versteht. Sie wollen ihre Kenntnisse und Talente weiterentwickeln.

Wir müssen ihnen dabei helfen, als Eltern, Lehrer und Vertreter.

Dazu gehört auch, dass wir die Erfahrungen, die wir gesammelt haben und die wir für wertvoll halten, an sie weitergeben. Der Patriotismus ist ein wichtiger Bestandteil der Politik der derzeitigen Regierung und ein Gefühl, das an die künftigen Generationen weitergegeben werden muss. Ich hoffe, dass viele junge Menschen dies erkennen werden.

Quelle: Vasarnap.hu / Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Geheimpapiere des litauischen Außenministeriums geleakt: Vorbereitung auf Krieg mit Weißrussland?

Von Algis Klimaitis (Vilnius/Wilna)

14. 08. 2021



Litauisches Außenministeium - Foto: Barzdonas / Wikimedia

Litauischen Presseberichten zufolge wurden bei einem Cyberangriff auf das Außenministerium sensible Daten aus dieser Einrichtung gehackt .

Das Ministerium erklärte lediglich, dass es die öffentlich gewordenen Informationen über den Datenverlust nicht bestätigen wolle.

„Wir halten es für einen Informationsangriff durch unfreundliche Länder“, ist alles, was Vertreter des Ministeriums, das vom TS-LKD-Vorsitzenden Gabriel Landsbergis geleitet wird, bekannt geben konnten.

Unabhängige Fachleute für Informationstechnologie behaupten, dass hochsensible Informationen weitergegeben wurden.

Eine Person, die sich mit einem Foto des aserbaidischen Präsidenten Ilhan Alijew ausgab, behauptete, die aus dem Außenministerium gehackten Daten enthielten die Korrespondenz zwischen Ministern und ihren Stellvertretern, wichtigen Abteilungen, Botschaftern der G7- und NATO-Länder und ihren Vertretern.

Die Person behauptet, dass die in seinem Besitz befindlichen Dokumente mit „Secret“, „Top Secret“ und „Cosmic“ (das sind die streng geheimen NATO-Dokumente) gekennzeichnet seien. Die Dokumente enthielten Details zu Geheimverhandlungen zwischen US-Präsident Joe Biden und anderen Staatsoberhäuptern, zu Plänen für Russland, zur Nord Stream2-Pipeline und zu Deutschland.

Weiterhin enthielten sie angeblich Diskussionen über eine mögliche Unterstützung der USA gegen Frankreich und Deutschland und die mögliche Rolle Litauens dabei. Auch China und Weißrussland würden erwähnt sein, wobei von Anweisungen gegen China und einem Krieg mit Weißrussland die Rede ist.

Insgesamt, so die Mitteilung der Person, wurden fast 1,7 Millionen E-Mails in 102 Dateien gehackt.

Audrius Kalvėnas, ein litauischer Spezialist für Informationstechnologie, kommentiert, dass wieder einmal ein Skandal im Außenministerium vorgefallen sei. Das sei nicht verwunderlich, meint er, denn diese Institution sei nicht in der Lage, mit Diskretion und Diplomatie zu handeln. Der Minister ist für die Durchführung verantwortlich. Ein Außenminister, der Respekt vor dem Staat hat, würde die Verantwortung übernehmen und nach dem Diebstahl geheimer Daten aus der Institution, die er leitet, zurücktreten. Herr Außenminister Landsbergis wird sich jedoch, so der Kommentator, an der Schulter seines Großvaters ausweinen, dass er und sein gesamtes Ministerium wieder einmal von den feindseligen Sonderdiensten eines gegnerischen Staates „reingelegt“ wurden und dass er persönlich keine Schuld daran trägt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Weißrussland, der kalte Krieg und die Migrationswaffe gegen Europa

Von Álvaro Peñas

14. 08. 2021



Alexander Lukaschenko · Bildquelle: El Correo de España

Vor einem Jahr schrieb ich einen Artikel über Weißrussland und die Massenproteste gegen die Wiederwahl seines Präsidenten Alexander Lukaschenko, der seit 1994 an der Macht ist. Die Proteste wurden mit großer Härte unterdrückt, und im Laufe weniger Tage wurden Tausende und Abertausende verhaftet, wie mir der Reporter Witold Dobrowolski berichtete, der zusammen mit einem anderen polnischen Journalisten verhaftet und gefoltert wurde, bis sein Land ihn befreien konnte. Die Wahrheit ist jedoch, dass das Regime trotz der täglichen Demonstrationen und des Drucks von außen durch Verurteilungen und Sanktionen Widerstand leistete. Es gab keine Risse in der Regierung oder im Militär, und Lukaschenkos wichtigster Unterstützer, Russland, bot ihm volle Unterstützung an.

Seitdem sind weitere, dem Kalten Krieg ähnliche Situationen entstanden. So wurden im Mai der oppositionelle Journalist Roman Protassewitsch und seine Freundin von KGB-Agenten festgenommen, nachdem das Flugzeug, mit dem er von Athen in die litauische Hauptstadt Vilnius reiste, wohin er 2019 ins Exil gegangen war, in Minsk notlanden musste. Einige Tage später gestand Protassewitsch im weißrussischen Staatsfernsehen seine Verbrechen und bat Präsident Lukaschenko um Begnadigung. Am 3. August verließ der Oppositionsführer Vitaliy Shyshov sein Haus in Kiew, um joggen zu gehen, und wurde Stunden später erhängt in einem Park aufgefunden. Shyshov hatte sein Land im vergangenen Jahr verlassen und sich in der ukrainischen Hauptstadt niedergelassen, wo er sich mit anderen Exilanten politisch engagierte. Am selben Tag erhielt die weißrussische Leichtathletin Kristina Timanovskaya, die an den Olympischen Spielen in Tokio teilnahm und beschlossen hatte, nicht in ihr Land zurückzukehren, ein humanitäres Visum und den Schutz der polnischen Botschaft, eine Entscheidung, die von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki persönlich getroffen wurde. In diesem Jahr hat Polen bisher 8.844 humanitäre Visa an weißrussische Bürger ausgestellt. Wenn man diese Nachricht liest, zweifelt man am Untergang der Sowjetunion.



Kerzen zum Gedenken an den weißrussischen Oppositionsführer Vitaliy Shyshov

Lettland, Litauen und Polen waren innerhalb der Europäischen Union die schärfsten Gegner der weißrussischen Regierung und die ersten, die Sanktionen forderten. Und nun, da Lukaschenko diese Krise – eine weitere – überwunden hat, ist es an der Zeit, zurückzuschlagen, und dafür gibt es nichts Besseres als die Waffe der Migration. Ende Juni behauptete die litauische Innenministerin Agnė Bilotaitė, ihr Land verfüge über Beweise dafür, dass weißrussische Grenzschutzbeamte an einer illegalen Migrationsaktion von Weißrussland nach Litauen beteiligt gewesen seien und davon profitiert hätten. „Dies ist eine organisierte und gut geplante Operation. Damit sind enorme Geldsummen verbunden“. Bilotaitė wies darauf hin, dass Migranten bis zu 15.000 Euro für den Grenzübertritt zwischen Weißrussland und Litauen zahlen. Die Migranten kommen mit Direktflügen aus Istanbul und Bagdad in Minsk an. Sie werden dann in Autos zur Grenze gebracht und versuchen dort, die Grenze zu überqueren, bis sie von litauischen Grenzbeamten angehalten werden und um Asyl bitten. Diejenigen von uns, die die weißrussische Grenze kennen, wissen, dass es sich um eine echte Grenze handelt, die nichts mit den „Grenzen“ des Schengen-Raums zu tun hat, und dass dies nur unter Mitwirkung der Regierung Lukaschenko geschehen kann.

Zu diesem Zeitpunkt, am 30. Juni, waren 636 Migranten beim Versuch, die Grenze zu überqueren, in Gewahrsam genommen worden, eine Zahl, die mehr als siebenmal höher ist als im Jahr 2020 und zwölfmal höher als im Jahr 2019. Allein in der ersten Juliwoche wurden jedoch 779 Personen aufgegriffen, die meisten davon aus dem Irak, aber auch aus Afghanistan, Iran und Syrien. Einen Monat später sprechen wir von 4.000 Migranten. Die litauische Regierung reagierte zunächst mit der Bearbeitung von Asylanträgen, die natürlich abgelehnt wurden, doch angesichts der anhaltenden Ankunft von Migranten und der Entscheidung Weißrusslands, ihre Ankunft in Litauen als Reaktion auf die EU-Sanktionen nicht zu verhindern, haben die Behörden begonnen, Migranten an der Grenze zurückzuweisen. In einem „hybriden Krieg“ kündigte die litauische Ministerpräsidentin Ingrida Šimonytė den Bau einer „physischen Barriere zwischen Litauen und Weißrussland an, die ein Signal und eine Abschreckung für die Organisatoren illegaler Migrationsströme sein wird“. Der Zaun, dessen Bau am Mittwoch vom litauischen Parlament genehmigt wurde, wird 550 Kilometer lang sein und rund 150 Millionen Euro kosten. Die ukrainische Regierung hat beschlossen, den Bau des Zauns durch die Lieferung von 38 Tonnen Stacheldraht als „humanitäre Hilfe“ zu unterstützen.

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, besuchte die litauische Hauptstadt und sicherte die Unterstützung der EU zu. Diese Unterstützung erfolgte in Form von 36,7 Millionen Euro „zur Erhöhung der Aufnahmekapazität für eine große Zahl von Migranten“, d. h. Geld für medizinische Versorgung, Impfungen, Kleidung und Lebensmittel in den Ausländerzentren, in denen es bereits letzte Woche zu einem Aufstand irakischer Migranten kam. Andererseits hat die Europäische Agentur für Grenz- und Küstenschutz, Frontex, einige Experten und modernste Ausrüstung geschickt. Es sei daran erinnert, dass Frontex Ungarn im Januar verlassen hat, nachdem eine Nichtregierungsorganisation, das Helsinki-Komitee, – natürlich die Open Society von George Soros -, die Regierung von Viktor Orbán angeprangert hatte, weil sie illegale Migranten nach Serbien zurückgeschickt hatte. Wir werden also sehen, wie lange diese Unterstützung anhält. Auf die Bitte der litauischen Regierung um finanzielle Unterstützung für den Bau des Grenzzauns hat die Europäische Kommission geantwortet, dass sie „keine Zäune finanziert, sondern integrierte Grenzkontrolllösungen unterstützt“.



Litauische Soldaten errichten Stacheldraht an der Grenze zu Weißrussland

Nach Ansicht des Politikwissenschaftlers Vytautas Sinica ist dieser „hybride Krieg“ Lukaschenkos Rache an Litauen für dessen Unterstützung der demokratischen Opposition und ein Mittel, „Litauen zu einer Änderung seiner Außenpolitik zu zwingen“. Sinica kritisiert das anfängliche Vorgehen seiner Regierung, die Asylanträge von Migranten zuließ, obwohl „sie aus einem sicheren Land (Weißrussland) kamen und es keine Rechtsgrundlage für Asyl in Litauen gab. All dies hat dazu geführt, dass sich 4.000 illegale Migranten in Litauen aufhalten, weil die Regierung beschlossen hat, die Rückföhrungspolitik nicht früher einzuleiten. Aus westeuropäischer Erfahrung wissen wir, dass sich die meisten illegalen Einwanderer der Abschiebung entziehen, und Litauen ist da keine Ausnahme.

Litauen ist jedoch nicht die einzige EU-Grenze, die von dieser Krise betroffen ist. Polen, das in diesem Jahr bereits 900 illegale Migranten an der Grenze zu Weißrussland festgenommen hat, 350 allein am vergangenen Wochenende und damit achtmal mehr als im Jahr 2020, hat beschlossen, Truppen zur Verstärkung der Grenze zu entsenden. In Lettland hat das Parlament (Saeima) am Mittwoch nach einer harten Debatte, in der sich die „liberalen“ Parteien mehr um die Menschenrechte von Migranten als um die Sicherheit der Grenzen kümmerten, den Ausnahmezustand an der Grenze verhängt. Gegenüber

denjenigen, die sich weigerten, die Grenze zu schließen, wies der Abgeordnete Edvins Snore darauf hin, dass „man nicht so naiv sein darf, wie es 2015 in Deutschland geschehen ist. Es ist notwendig, ein klares Signal zu geben, dass dies in Lettland nicht geschehen wird. Der nationalistische Politiker erinnerte auch daran, dass Lettland eines der wenigen EU-Länder ist, in denen der illegale Grenzübertritt eine Straftat darstellt.

Der Einsatz der Migrationswaffe ist nicht neu, wir kennen ihn aus erster Hand in Spanien, wo die „befreundete“ Regierung Marokkos jedes Mal, wenn unsere Regierung eine Entscheidung trifft, die sie stört, oder um wirtschaftliche Vorteile zu erlangen, menschliche Wellen gegen Ceuta und Melilla provoziert. Das Gleiche ist mit der Türkei geschehen, die die Migrationswellen nur im Tausch gegen Millionen Euro von der EU gestoppt hat. Weißrussland folgt lediglich diesen Beispielen. Lukaschenko ist sich bewusst, dass die illegale Migration ein Torpedo für die EU ist, und er nutzt sie, um seine politischen Ziele zu erreichen. Solange sich die EU-Politik zwischen der fortschrittlichen Demagogie der „offenen Grenzen“ und der Schikanie von Ländern, die beschlossen haben, ihre Grenzen zu verteidigen, wie im Fall der Visegrád-Gruppe, bewegt, d. h. solange sie der globalistischen Ideologie der offenen Gesellschaft verfallen ist, wird Europa ständig Erpressungen ausgesetzt sein.



Álvaro Peñas

Als leidenschaftlicher Geschichtsinteressierter und unermüdlicher Reisender kennt er die Länder des Ostens, die er häufig bereist, und deren politische Situation dank seiner Freundschaften mit Journalisten und Politikern der patriotischen Parteien in vielen dieser Länder er sehr gut kennt.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER